

Nr. 4 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(2. Session der 17. Gesetzgebungsperiode)

Bericht

des Finanz- und des Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 15 der Beilagen 1.S.17.GP) betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2022

Der Finanz- und der Finanzüberwachungsausschuss haben sich in der Sitzung vom 20. September 2023 gemeinsam mit der Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2022 unter einem mit dem Transferbericht des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2022 (Nr. 17 der Beilagen 1.S.17.GP) sowie dem Bericht des Landesrechnungshofes betreffend den Rechnungsabschluss 2022 befasst. Zur Darstellung der Abstimmungsergebnisse betreffend den Transferbericht und den Bericht des Landesrechnungshofes wird auf den Ausschussbericht [Nr. 6 der Beilagen](#) und den Ausschussbericht [Nr. 15 der Beilagen](#) verwiesen. Sämtliche Informationen über das Finanzjahr 2022 sind unter [Land Salzburg - Finanzjahr 2022](#) abrufbar.

Berichterstatter Klubobmann Abg. Mag. Mayer verliest den Antrag und beantragt die Einleitung der Debatte und Beschlussfassung.

Landeshauptmann Dr. Haslauer freut sich, mit dem vorliegenden Rechnungsabschluss dem Landtag ein durchaus positives Zahlengerüst präsentieren zu können, wenngleich dem auch einige weniger erfreuliche Tatsachen gegenüberstünden. Das gute Ergebnis, also die Überschüsse und die Schuldenreduktion, habe natürlich Ursachen. Diese Ursachen lägen zum Teil auch darin begründet, dass Projekte nur verzögert durchgeführt werden konnten, sodass zB die Mittel der Wohnbauförderung nicht in dem Maß ausgereicht werden hätten können, wie sie budgetiert worden seien. Das habe sich im Rechnungsabschluss naturgemäß positiv niedergeschlagen. In der politischen Arbeit müsse das aber nüchtern und realistisch gesehen werden. Der Rechnungsabschluss weiche massiv vom Budget ab, denn bei der Budgeterstellung im Spätherbst 2021 sei die Planbarkeit so gut wie nicht gegeben gewesen. Die COVID-Entwicklung zu diesem Zeitpunkt sei höchst volatil gewesen. Der Beginn des Krieges in der Ukraine ab Februar 2022 habe mit Inflation, Kostensteigerungen etc. bereits teilweise Niederschlag im Rechnungsabschluss gefunden. In den nächsten Jahren könne nicht mit ähnlich positiven Rechnungsabschlüssen gerechnet werden. Der Krieg habe eine hohe Inflation ausgelöst, die sich zB in Form der Erhöhung der Personalkosten massiv niederschlugen. Im Vergleich zum Jahr 2022 gebe es ein deutlich höheres Zinsniveau. Es gebe Steigerungen im Personalkostenbereich und bei den Personalplänen. 2022 habe es ein Wirtschaftswachstum, einen Aufholprozess nach COVID, von 4,9 % gegeben. Das sei höher als das Wirtschaftswachstum von China in diesem Jahr gewesen. Die Prognosen für 2024 lägen jedoch lediglich bei etwa 0,9 %, für 2023 erwarte man sogar möglicherweise ein negatives Wirtschaftswachstum.

Im Jahr 2022 habe es aufgrund der Politik der Bundesregierung und der guten Konjunktur hohe Ertragsanteile gegeben, die es in dieser Form in der Zukunft nicht geben werde. Die Steuerreform, insbesondere die Abschaffung der Kalten Progression, sei erfreulich für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, auf der anderen Seite fehlten dadurch aber zukünftig auch die entsprechenden Einnahmen. Gegen Jahresende 2024 werde die Inflation voraussichtlich auf 4 % sinken, die Konjunktur werde sich einbremsen. Zur Haushaltsstruktur seien folgende Punkte anzuführen: Statt einer ursprünglich budgetierten Schuldenaufnahme von € 364,8 Mio. habe es einen Abbau der Schulden um weitere € 174 Mio. gegeben. Seit 2013 sei ein Schuldenabbau von mehr als € 1,1 Mrd. gelungen, sodass der Schuldenstand derzeit € 1,074 Mrd. betrage. Das gebe Bewegungsspielräume, die aber nicht in ein, zwei Jahren aufgebraucht sein dürften, man müsse daher schon mittelfristig denken. Zweitens hätten die Zinszahlungen 2022 netto € 11,5 Mio. ausgemacht, so wenig wie noch nie. Dazu sei zu ergänzen, dass der Verkauf des Wertpapiers Anthracite einen Erlös von € 15,6 Mio. gebracht habe. Die niedrige Zinsbelastung werde aber nicht so bleiben, man müsse sich auf höhere Zahlungen einstellen. Das Sachanlagevermögen habe um € 56 Mio. erhöht werden können. Da seien die Abschreibungen von rund € 85 Mio. bereits abgezogen. Da man mehr investiert habe als abgeschrieben, sei eine echte Wertsteigerung zu verzeichnen. Einige Sonderprojekte seien 2022 dazugekommen: der Ankauf der Antheringer Au und des Gerichtsgebäudes in der Wasserfeldstraße, Investitionen in Brücken und Wege, in Summe über € 100 Mio. Das sei ein sehr nachhaltiges und gutes Signal. Beim Beteiligungsvermögen habe es Wertabänderungen von rund € 30 Mio. gegeben. Das liege in der Volatilität des Wirtschaftens begründet und sei mit der Bewertung der einzelnen Unternehmungen verbunden. Hier sei daher keine wirklich substantielle Verschlechterung zu verzeichnen. Der Strukturelle Saldo sei mit € 9,95 Mio. positiv, was man schon länger nicht mehr gehabt habe. Wenn man sich die Aufteilung der Ausgaben ansehe, sei einmal mehr beeindruckend, dass vom Gesamtbudget 31,5 % auf die Gesundheit entfalle, auf Soziales 15,1 % und auf Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft 19,6 %. Der Finanzierungshaushalt weise eine voranschlagswirksame Gebarung von € 99,7 Mio. aus. Der Nettofinanzierungssaldo beim Finanzhaushalt mache € 114,6 Mio. aus und liege damit um € 440 Mio. besser als budgetiert. Die Hauptfaktoren dafür lägen in drei Bereichen: Mehreinzahlungen, Minderauszahlungen, aber auch Mehrzahlungen. Die Mehreinzahlungen ergäben sich vor allem im Bereich der Ertragsanteile, der Landesumlage, GAF, Finanzzuweisungen von € 165,9 Mio., Refundierungen des Bundes zur Bewältigung der COVID-Krise in Höhe von € 63,7 Mio., Investitionszuschüsse des Bundes im Ausmaß von € 32 Mio., diverse andere - auch vorzeitige - Rückzahlungen von Wohnbaurdarlehen und Annuitätzuschüssen von insgesamt € 26 Mio. und durch den Verkauf von Wertpapieren. Minderauszahlungen seien bei den Verstärkermitteln zu verzeichnen gewesen. Aufgrund der Ukraine-Krise sei mit einem Nachtragshaushalt den zu erwartenden Flüchtlingsströmen und den für Hilfsmaßnahmen notwendigen Ausgaben Rechnung getragen worden. Von den budgetierten € 205 Mio. habe man jedoch € 128 Mio. nicht in Anspruch nehmen müssen. Die operativen Betriebsabgänge bei den Krankenanstalten SALK, Schwarzach, Tauernklinikum und Oberndorf lägen rund € 50 Mio. unter den budgetierten Werten. Beim Zinsaufwand habe es erfreulicherweise eine Verringerung des ursprünglich budgetierten Aufwandes von € 21,7 Mio. gegeben. Es habe bei den verschiedens-

ten Baumaßnahmen - Lokalbahn, Pinzgauer Lokalbahn, Landes-Dienstleistungszentrum, Burgen und Schlösser, S-Link, Salzburg Museum, Umbau Borromäum etc. - Verzögerungen gegeben, sodass die entsprechenden Ausgaben nicht im Jahr 2022 wirksam geworden seien. Es habe aber auch in verschiedenen Bereichen Mehrauszahlungen gegeben, zB zusätzlich Ausgaben aufgrund von COVID-19 € 68 Mio., Katastrophenschäden von fast € 10 Mio. Im Naturschutzfonds seien mit dem Ankauf der Antheringer Au rund € 37 Mio. an Mehrauszahlungen angefallen. Weitere Mehraufwendungen hätten aufgrund von Kapitaltransfer an die Gemeinden über den GAF zur Bewältigung der Finanzkrise im Ausmaß von € 24 Mio. und wegen Investitionszuschüssen an Krankenanstalten aufgrund gestiegener Projektkosten verzeichnet werden müssen. In Summe seien das € 42 Mio. bei der SALK, beim Masterplan Schwarzach oder der Sanierung des Krankenhauses Mittersill. Weiters sei ein Mehraufwand durch den Ankauf des Landesverwaltungsgerichtsgebäudes in der Wasserfeldstraße entstanden. Der Finanzierungssaldo weise einen Strukturellen Saldo von € 9,95 Mio. auf. Der Stand des Kontrollkontos liege bei € 540 Mio. Im Jahr 2022 sei die General Escape Clause noch aktiv gewesen. Das sei zukünftig nicht mehr der Fall und der Stabilitätspakt gelte dann wieder ab 2024. Bei den Passiva sei das Nettovermögen wieder positiv und betrage jetzt € 831 Mio. Hier gehe es vor allem um das Thema der nicht ausgabenwirksamen Bilanzierungsmaßnahmen. Durch die Zinssteigerungen hätten Rückstellungen für Pensionen entsprechend abgezinst werden müssen, sodass die Rückstellungen niedriger geworden seien. Das habe vereinfacht ausgedrückt den Haushalt ins Positive gedreht. Der Schuldenstand habe sich wie bereits erwähnt von € 1,248 Mrd. um € 174 Mio. reduziert. Eine ursprünglich geplante Neuschuldenaufnahme habe vermieden werden können. Die Verschuldung pro Kopf habe Ende 2022 € 1.904,-- betragen. Abschließend bedankt sich Landeshauptmann Dr. Haslauer beim Landesrechnungshof für die eingehende Prüfung des Rechnungsabschlusses. Dank gehe auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses 2022 beteiligt gewesen seien, insbesondere Finanzabteilung und Landesbuchhaltung. Außerdem liege es ihm sehr am Herzen, Landeshauptmann-Stellvertreter aD Dr. Stöckl, der noch für den Rechnungsabschluss 2022 verantwortlich gezeichnet habe, für seine ausgezeichnete Tätigkeit als langjähriger Finanzreferent zu danken. Abschließend stellt Landeshauptmann Dr. Haslauer fest, dass er für die Zukunft und im Sinne der kommenden Generationen den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortführen wolle, eine vernünftige Budgetierung und vernünftige Abschlüsse vorzulegen. Er sei zuversichtlich, dass die Herausforderungen für 2024 und die Folgejahre gemeinsam gut bewältigt werden könnten.

Landesrechnungshofdirektor Mag. Hillinger erläutert den [Bericht](#) des Landesrechnungshofes über den Rechnungsabschluss des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2022 anhand einer Power-Point-Präsentation.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer stellt dem Beginn seiner Rede zwei Thesen zum Rechnungsabschluss voran. Erstens werde ein Rechnungsabschluss behandelt, der wie kein zweiter belege, dass etwas so vermeintlich Unverrückbares wie ein geprüftes Zahlenwerk der Interpretation und der Kontextualisierung bedürfe. Zweitens handle es sich um einen Rechnungsabschluss der Antagonismen und der Widersprüche. Es sei der letzte Rechnungsabschluss vor dem

neuen Finanzausgleich und vor der Abschaffung der Kalten Progression mit sprudelnden Ertragsanteilen und mit Einmalzahlungen vom Bund. Wahrscheinlich sei es auch der vorerst letzte Rechnungsabschluss des seit elf Jahren eingeschlagenen Weges des massiven und konsequenten Abbaus der Finanzschulden. Es sei der letzte normale Rechnungsabschluss und gleichzeitig der außergewöhnlichste Rechnungsabschluss, da er von der Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt gewesen sei. Salzburg sei gut, vielleicht sogar sehr gut, durch das so turbulente und krisengebeutelte Jahr 2022 gekommen. Wie die Wirtschaftsdaten und die Arbeitsmarktdaten eindrucksvoll belegten, sei Salzburg besser als alle anderen Regionen in Österreich, sogar besser als die meisten Regionen in Europa, durch das Krisenjahr gekommen. Dies sei gelungen mit einem Sonderförderungsprogramm für die Gemeinden, mit Unterstützungen für die Salzburgerinnen und Salzburger und den notwendigen Unterstützungen für die heimische Wirtschaft. Weiters habe es der Budgetvollzug 2022 nicht nur ermöglicht, die in Salzburg hohen sozialen Standards aufrechtzuerhalten, sondern auch massiv auszubauen. € 1,6 Mrd. seien nur für Gesundheit und Soziales aufgewendet worden, dies seien rund 50 % des gesamten Budgets. Unterstützung für jene, die Hilfe benötigten, müsse das Anliegen jeder Landesregierung sein. In Salzburg dürfe niemand zurückgelassen werden. Drittens sei dieses Budget geprägt von Investitionen in die Zukunft unseres Landes, nämlich Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur und in Klima- und Naturschutz im Rahmen der Förderung von erneuerbaren Energien und der Investitionen in die Mobilitätswende, aber auch in das Straßennetz und Investitionen in den Katastrophenschutz. In Summe sei der Investitionshaushalt um € 61 Mio. überschritten worden, das bedeute € 61 Mio. mehr Investitionen als geplant. Aus diesem Rechnungsabschluss könne auch abgeleitet werden, was weniger gelungen sei und wo es Handlungsbedarf gebe, zB im Bereich der Wohnbauförderung. Die € 26 Mio. nicht verbrauchter Wohnbauförderungsmittel seien nicht nur Ausdruck einer schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Baubranche, sondern auch Ausdruck eines massiven Handlungsbedarfs bei der Verschränkung von Wohnbauförderung und Raumordnung und der Notwendigkeit einer aktiven Bodenpolitik. In der Vorgängerregierung sei dies unter der damaligen Ressortführung nicht möglich gewesen. Im Ergebnishaushalt ergebe sich ein Plus von € 946 Mio., beim Schuldenstand eine weitere Reduktion um € 174 Mio. Ein weiterer wesentlicher Eckpunkt des Rechnungsabschlusses sei der Stabilitätspakt. Die Regelgrenze sei im positiven Sinne um € 38 Mio. überschritten worden. Dennoch sei dieser Rechnungsabschluss aber kein Grund zum Jubeln und zum Feiern. Das Plus von € 946 Mio. werde nach Bereinigung um Zinseffekte der Rückstellungen zu einem Minus von rund € 130 Mio. Auch das sei den steigenden Zinssätzen geschuldet und eine relative Zahl. Weiters weist Klubobmann Abg. Mag. Mayer auf den Kontext der Wirtschaftslage hin. Während die ertragsseitigen Effekte der positiven wirtschaftlichen Situation unmittelbar im Jahr 2022 realisiert werden hätten können, würden die darauf folgenden verschlechterten Aussichten wohl verstärkt in den Jahren 2023, 2024 und 2025 ausgabenseitig realisiert werden, wie etwa durch die erhöhten Gehaltsabschlüsse. Man könne also sagen, der vorliegende Rechnungsabschluss sei stärker von positiven Effekten geprägt und die negativen Effekte träten zeitverzögert in den kommenden Abschlüssen ein. Hervorzuheben sei außerdem, dass künftige Ertragsanteile durch die erheblich abgeschwächte Konjunktur und zweitens durch die Abschaffung der Kalten Progression verringert würden. Eine Besonderheit falle bei diesem Rechnungsabschluss ganz stark ins Auge und das

sei eine bisher einzigartige Abweichung zwischen dem Landesvoranschlag und dem Rechnungsabschluss. Der Nettofinanzierungssaldo sei um € 479 Mio. höher als veranschlagt und das Nettoergebnis der Ergebnisrechnung sogar um € 1,328 Mrd. höher. Einige Gründe, wie Mehreinnahmen oder Zinseffekte bei den Rückstellungen, seien bereits erwähnt worden. Aber auch dies müsse im zeitlichen Kontext der Budgeterstellung gesehen werden. Es sei noch einmal daran zu erinnern, in welcher Situation dieses Budget beschlossen worden sei. Die Corona-Pandemie mit Lockdowns und ein erwarteter Bettenengpass in Salzburg hätten die Rahmenbedingungen gebildet, unter denen der Landesvoranschlag beschlossen worden sei. Die Dynamik am Zinsmarkt und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine verheerenden Auswirkungen seien 2021 noch nicht zu antizipieren gewesen. Im Mai 2022 habe sich die Landesregierung daher entschlossen, dem Landtag einen Nachtragshaushalt mit Mehrauszahlungen in der Höhe von € 107 Mio. vorzulegen und damit im Wesentlichen zwei Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine entgegenzuwirken. Erstens habe man in humanitärer Hinsicht die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine in Salzburg ermöglicht und zweitens Vorsorge für die durch diesen Angriffskrieg erwartbaren Teuerungseffekte getroffen. Das Jahr 2022 habe nicht nur die Salzburger Bevölkerung und die Salzburger Wirtschaft vor enorme Herausforderungen gestellt, sondern auch die Landesverwaltung und das Budget. Er bedanke sich daher bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Salzburg, die in diesem und im vorvergangenen Jahr in einer Situation multipler Krisenerscheinungen Herausragendes geleistet und unser Land einigermaßen sicher durch diese stürmische Zeit gebracht hätten. Der Rechnungsabschluss 2022 sei als überraschend gut zu bezeichnen, der Ausblick leider weniger. Umso wichtiger sei daher der konsequente Abbau der Finanzschulden seit 2013 um insgesamt € 1,2 Mrd. Dieser Spielraum sei jetzt notwendig, weil Investitionen im Sozialbereich, wie etwa für Maßnahmen der Pflegeplattform, für Gesundheit oder den Heizkostenschuss getätigt werden müssten. Das Land Salzburg brauche Investitionen in die Salzburger Zukunftsprojekte, um nicht nur die Konjunktur anzukurbeln, sondern auch zukunftsfit zu werden. Soziale Sicherheit, Impulse in Zukunftsprojekte, solide hauszuhalten und in die Zukunft zu investieren, das sei die Maxime der Salzburger Volkspartei.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl hält eingangs fest, dass die FPÖ das Budget für 2022 nicht mitgetragen habe und es daher naheliegend wäre, auch dem Rechnungsabschluss die Zustimmung zu versagen. Es sei bekannt, dass die Regierung das Budget und den Rechnungsabschluss vorlege. Damit erkläre sie, dass alles umgesetzt sei, was es umzusetzen gebe. Die Opposition habe das Recht und die Aufgabe, im Parlament Kritik zu üben und es in der Gesamtheit auch nicht mitzutragen. Allerdings habe das Budget 2022 keine Mehrheit mehr im Landtag. Dies sei das Ergebnis der Wahl. Der Wähler habe gesprochen, diese Mehrheit gebe es nicht mehr und die Freiheitliche Partei sei nun Teil der Landesregierung. Wenn allerdings das Budget und somit jene, die für den Budgetvollzug verantwortlich seien, keine parlamentarische Mehrheit mehr hätten, sähen es die Freiheitlichen als ihre Pflicht an, sich zu dieser Verantwortung zu bekennen. Verantwortung heiße nicht nur Verantwortung für die Zukunft und die Gegenwart, sondern auch das eine oder andere Mal für Dinge in der Vergangenheit einzustehen. Da die FPÖ diese Verantwortung übernommen habe und sich auch mit Freude dazu bekenne, werde man heute diesem Rechnungsabschluss zustimmen, um die parlamentarische Mehrheit herzustellen. Man sehe allerdings auch - und er werde der ein oder anderen Kritik

der Opposition heute gerne lauschen - in der Vergangenheit Wurzeln für Maßnahmen, die heute notwendig seien. Diese Kritik, die heute von der Opposition kommen werde, bestätige für die Freiheitlichen nur, wie wichtig und notwendig es gewesen sei, dass man in diesem Land Verantwortung übernommen habe und Veränderungen nun stattfinden könnten. Klubobmann Abg. Dr. Schöppl spricht Landeshauptmann Dr. Haslauer für seine objektiven Erläuterungen großen Dank aus sowie Landesrechnungshofdirektor Mag. Hillinger für dessen Bericht. Aus dem Rechnungsabschluss 2022 könne man erkennen, dass es ein Jahr großer Herausforderungen gewesen sei. Vieles habe dieses Jahr geprägt, was man bei der Budgeterstellung nicht erkennen habe können. Man denke nur zurück an Corona mit den begleitenden Maßnahmen und finanziellen Auswirkungen, nicht nur für jeden einzelnen, sondern auch für öffentliche Haushalte. Weiters erinnert er an die Entwicklungen in der Ukraine, die zumindest auf Westeuropa einen Schatten würfen oder die dramatischen Entwicklungen am Zinsmarkt. Dass dies zu Änderungen im Budgetvollzug führen müsse, sei wohl nachvollziehbar. Auf der anderen Seite hätten nicht vorhersehbare Steigerungen bei den Ertragsanteilen und ursprünglich nicht erwartete Sonderzahlungen vom Bund sowie die Auswirkungen der steigenden Zinsen auf die Höhe von Rückstellungen dazu geführt, dass die heute vorliegenden Zahlen vom seinerzeitigen Budget nicht unerheblich positiv abwichen. Allerdings sei dies, das müsse man dazusagen, einem Krisenjahr geschuldet, wie man es vorher eigentlich noch nie gehabt habe. Es sollten sich alle wünschen, dass man jetzt in ruhigere Zeiten komme, damit man wieder so in die Zukunft blicken könne, dass Prognosen auch eintreten und halten könnten. Die erwartbare Kritik der Opposition, dass das Budget nicht getroffen habe, müsse daher unter objektiver Betrachtung zurückgewiesen werden. Allerdings teile er schon manche Ansicht, dass die eine oder andere Kritik hinsichtlich des Budgetvollzugs durchaus gerechtfertigt sei. Das Thema Wohnbau brenne unter den Nägeln und es stelle sich die Frage der Mittelverwendung. Allerdings halte er fest, dass die dafür Verantwortlichen von den Wählerinnen und Wählern zur Rechenschaft gezogen worden seien. Gerade das lasse die besondere Notwendigkeit erkennen, dass es hier zu einer Freiheitlichen Handschrift komme und auch ein neues Wohnbauförderungsgesetz auf den Weg gebracht werde. Der Vollzug des Budgets 2022 habe mit der FPÖ nichts zu tun. In der Zukunft werde man aber sehen, wie dies auf neue Beine gestellt werde. Das sehe man als Auftrag und da könne man auch aus der Vergangenheit lernen. Zusammengefasst könne man feststellen, dass 2022 ein krisengebeuteltes und in allen Bereichen schwieriges Jahr gewesen sei. Wenn man davon spreche, dass ein Budget bzw. Rechnungsabschluss die in Zahlen gegossene Politik sei, spiegelten die Zahlen wider, welche Schwierigkeiten und Turbulenzen 2022 auf alle zugekommen seien. Auch wenn die Freiheitliche Partei das Budget 2022 nicht mitgetragen habe, werde sie im Hinblick darauf, dass man Regierungsverantwortung übernommen habe und aus Verantwortung für die Zukunft, die Gegenwart, aber auch für die Vergangenheit dem Rechnungsabschluss zustimmen.

Abg. Dr. Maurer MBA bedankt sich zunächst bei den Expertinnen und Experten des Landes und des Landesrechnungshofs für ihre Expertise rund um die Erstellung des Rechnungsabschlusses und die Bereitschaft, Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Der Rechnungsabschluss lasse sich mit ein paar Sätzen zusammenfassen: Das jährliche Wehklagen bei der Budgeterstellung über den gefährdeten Zustand der Landesfinanzen habe sich ein weiteres Jahr in

Folge als unbegründet erwiesen. Sei man bei der Budgetpräsentation noch von einer Neuverschuldung von € 368 Mio. ausgegangen, zeige sich am Ende des Tages, wie in allen Jahren zuvor, dass sich eine Schuldentilgung ausgegangen sei. Ob das jetzt Grund zur Freude oder neuerlich ein Hinweis auf politische Tricks bei der Budgeterstellung sei, lasse er dahingestellt. Im Hinblick auf die Rahmenbedingungen sei bereits mehrmals erwähnt worden, dass die Steuereinnahmen 2022 aufgrund der Inflation geradezu explodiert seien. Die Mehreinnahmen bei den Bundesertragsanteilen machten rund € 130 Mio. aus oder - je nachdem, wie man es lese - wenn man sich den Rechnungsquerschnitt für den Gesamthaushalt anschauere rund € 154 Mio. Auch die Rückflüsse von Bundesseite betreffend die COVID-Hilfen seien mit € 63,7 Mio sehr üppig ausgefallen und hätten zum guten Ergebnis des Rechnungsabschlusses beigetragen. Die üppig dotierten Verstärkungsmittel seien bei weitem nicht benötigt worden und Landesrechnungshofdirektor Mag. Hillinger habe festgestellt, dass Transparenz und Mittelverwendung bei den Verstärkungsmitteln verbesserungswürdig seien. Er finde die Wandlungs- bzw. Anpassungsfähigkeit der FPÖ spannend, die bei den Budgetberatungen im Herbst 2021 noch kein gutes Haar am Entwurf gelassen und sowohl in den Ausschussberatungen als auch in der Plenarsitzung dagegen gestimmt habe. Es sei fast zu erwarten gewesen, dass die FPÖ nun zustimmen und den Rechnungsabschluss wortreich verteidigen werde. Aber wie habe bereits Abraham Lincoln gesagt: „Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, so gib ihm Macht!“ Er sei auch schon auf die Wortmeldungen und das Abstimmungsverhalten der GRÜNEN gespannt, weil diese als Teil der Regierungskoalition dem Budgetentwurf zugestimmt hätten. Angesichts der vielen gesellschaftlichen Herausforderungen - Teuerung, Pflege, Wohnbaukrise etc. - und dem damit verbundenen Finanzierungsbedarf erweise es sich nun angesichts der rapide steigenden Zinsen umso problematischer, dass das Land in der langen Phase niedrigster Zinsen nicht weit stärkere Investitionen in Zukunftsbereiche getätigt habe. Es werde daher in unmittelbarer Zukunft wichtig sein, gerade in diese Bereiche mehr zu investieren und nicht wieder Millionen für fragwürdige Investitionen wie den Kauf der Antheringer Au um € 37 Mio. auszugeben. Er habe es bereits mehrmals gesagt, man hätte dieses Geld viel, viel besser verwenden können, zB 874 Pflegekräfte ein Jahr lang anstellen oder 1.080 Kindergartenpädagoginnen, viele dringend benötigte Mietwohnungen bauen oder auch den leidgeplagten Salzburgerinnen und Salzburger € 150,- pro Haushalt geben können. Es werde spannend, was die FPÖ mit dem Ergebnis der von ihr initiierten Sonderprüfung des Kaufs der Antheringer Au durch den Landesrechnungshof machen werde, respektive machen dürfe. Nach diesem kurzen Faktencheck wolle er den Rechnungsabschluss nun auf seine Krisentauglichkeit prüfen, weil es nach wie vor zuhauf Krisen gebe. Die Krisen würden leider immer kostspieliger. Die Ausreden, warum man hier keinen Ausweg finde, aber immer billiger. Es gebe eine aktuelle Studie der Salzburger Arbeiterkammer, wonach jeder und jede Zweite in Salzburg damit rechne, in den kommenden zwölf Monaten Zahlungsschwierigkeiten wegen der anhaltenden Teuerung zu bekommen. Es sei auch nicht normal, dass sich ein Drittel der Menschen in diesem Sommer nicht einmal ein paar Tage Urlaub leisten können. Es sei ebenso nicht normal, dass sich jeder Vierte das Wohnen nicht mehr leisten könne. Genauso sei es nicht normal, dass von den € 42 Mio. an Fördermitteln für Miet- und Energiekosten, die der Bund dem Land zur Verfügung gestellt habe, € 30 Mio. noch immer nicht verbraucht wor-

den seien. Wenn das nicht bis Jahresende geschehe, müsse dieses Geld wieder zurücküberwiesen werden. Es sei weiters nicht normal, dass sich die Eltern vor dem Schulstart fürchten müssten, weil dieser so teuer sei und die Landesregierung kein Schulstartpaket zusammenbringe. Ebenfalls nicht normal sei, dass sich Kinder schämen müssten, weil sie an Exkursionen und Ausflügen nicht teilnehmen könnten, da das Geld dafür einfach fehle. In der Politik sei es bereits Tradition, immer eine andere politische Ebene in die Pflicht zu nehmen. Dabei hätte und habe die Landesregierung genug Möglichkeiten, für Entlastung zu sorgen. Er verweise etwa darauf, dass mit Oktober die Gaspreise mehr als verdoppelt würden. Bei den Strompreisen habe die Erhöhung im April 2021 um die 60 % betragen, im Jänner 2023 138 %. Dank dem Einsatz von Arbeiterkammerpräsident Peter Eder sei es nach Klagsandrohung gelungen, dass die Salzburg AG nun doch ein Volumen von € 39 Mio. ausschütten werde. In einem ersten Schritt würden zur Entlastung von den hohen Strompreisen noch 2023 € 17 Mio. an Stromkundinnen und -kunden zurückgezahlt. Ein zweites Paket betrage € 20 Mio. und ein drittes Paket mit € 2 Mio. betreffe eine große PV-Anlage, deren Stromerzeugung entlasten werde. Zur Pflegekrise sei festzuhalten, dass seit 2013 durch eine vom früheren Gesundheitsreferenten Walter Steidl in Auftrag gegebene Studie bekannt sei, dass bis 2030 jedenfalls ca. 1.000 Pflegekräfte fehlen würden. Wenn er den Rechnungsabschluss im Bereich Haushaltshilfe, Hauskrankenpflege, Angehörigenentlastung betrachte, würden trotz niedrigerer Ansätze die Beträge der Voranschläge nicht ausgeschöpft, was mit Personalmangel begründet werde. Damit zeige sich erneut die viel zu späte und zögerliche Bearbeitung dieses seit vielen Jahren bekannten Problems. Beim Ansatz Plattform Pflege seien € 1,85 Mio. budgetiert worden, jedoch lediglich € 128.652,- ausgegeben. Im Kampf gegen den Personalmangel sei somit ein Großteil des Budgets, nämlich € 1,72 Mio., einfach liegengelassen worden. Auch bei den SALK fehlten derzeit 164 Vollzeitäquivalente. Das Land spare sich jährlich sehr viel Geld, weil der seit einem Jahrzehnt bekannte Pflegekräftemangel offensichtlich nicht in den Griff zu bekommen sei und dadurch Personalkosten auf Kosten alter und kranker Menschen eingespart werden könnten. Im Ausland um Personal zu werben, im Inland jedoch die Festung zu proklamieren, das werde sich auch nicht ausgehen. Zu den Themen Bildung und Kinderbetreuung hält Abg. Dr. Maurer fest, dass in der entsprechenden Haushaltsgruppe trotz Erhöhungen die Aufwendungen unter der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate geblieben seien, was angesichts der Herausforderungen in diesem Bereich mehr als problematisch sei. Nur 26 % der Unterdreijährigen seien 2022/2023 institutionell betreut worden. Das Barcelona-Ziel, welches bei einem Anteil von 33 % liege, hätte man bereits seit 2010 erfüllen müssen. Seiner Meinung nach sei es auch ein totaler Widerspruch, wenn Bundeskanzler Nehammer und die ÖVP-Familienministerin Milliarden für die Betreuung der Unterdreijährigen zur Verfügung stellen wollten, während die ÖVP in Salzburg der FPÖ zusehe, wie diese eine Herdprämie einführe. Zur Wohnbaukrise wolle er ebenfalls ein paar Zahlen nennen: Beim Ansatz für die Wohnbauförderung bleibe einmal mehr zu kritisieren, dass der Wohnbauförderungsbeitrag im Ausmaß von € 88,9 Mio., der durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werde, nicht als Einnahme der Wohnbauförderung erfasst werde, sondern in den Allgemeinen Haushalt fließe. Inklusive der Wohnbauförderungsbeiträge hätten die Einzahlungen für Wohnbauzwecke rund € 228 Mio., die Auszahlungen jedoch lediglich € 123 Mio. betragen. Es seien also mehr als € 100 Mio. ins allgemeine Budget geflossen. Weiters seien die budgetierten € 15 Mio.

an Verstärkungsmitteln gar nicht erst in den Wohnbauansatz übertragen worden. Zudem seien wegen verringerter Förderleistungen € 25 Mio. weniger als veranschlagt ausgegeben worden. Das Wohnbauprogramm von 650 bis 750 geförderten Mietwohnungen sei nicht erfüllt worden, sondern sei lediglich die Errichtung von 431 Mietwohnungen zugesagt. Über die letzten fünf Jahren betrachtet betrage damit zu Zeiten höchster Wohnungsnot das Defizit bei den zugesagten Mietwohnungen bereits 1.658. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben der letzten vier Jahre in dieser Haushaltsgruppe habe € 250 Mio. betragen. Hätte man diesen Betrag für eine aktive Bodenpolitik investiert, wäre man bei der Bekämpfung der Wohnungsnot im Bundesland einen Schritt weiter. Auch der Bestand der aushaftenden Wohnbaudarlehen, die der Grundstock für eine Wohnbauförderung neu sein könnte, sei von € 1,974 Mrd. auf € 1,89 Mrd. zurückgegangen. Was die Neuregelung der Wohnbauförderung betreffe, müsse man sich laut Landesrat Mag. (FH) Zauner MA noch bis 2025 gedulden. Dies sei vor dem Hintergrund der von ihm beschriebenen Situation ein Wahnsinn. Offensichtlich bekomme man es aber nicht früher hin. Hierzu wolle er die Salzburger Nachrichten zitieren: „Agieren im Schneckentempo macht das Wohnen nicht leistbarer“. Zur Klimakrise sei festzuhalten, dass sich immer noch kein einziges Windrad in Salzburg drehe. Es seien zwar Mittel für den individuellen Klimaschutz vorhanden, der Masterplan Klima und Energie sei jedoch jetzt schon gescheitert. Dass es anders gehe, zeige der dritte Teil des Paketes der Arbeiterkammer und der Salzburg AG, wo für € 2 Mio. eine große Photovoltaikanlage errichtet werden solle. Der dort produzierte Strom solle in den ersten zehn Jahren kostengünstig Haushalten mit niedrigem Einkommen zukommen. Zur Staukrise wolle er lediglich drei Schlagzeilen nennen: „Das prognostizierte Stauchaos wird sogar noch schlimmer“, „Drei Stunden im Stau nach Hause“ sowie „Die A10 ist endgültig Österreichs größter Parkplatz“. Es gehe nicht um Schuldzuweisungen, es gehe darum, endlich Lösungen zu entwickeln. Das hätten sich die Salzburgerinnen und Salzburger verdient. Die Liste der Krisen ließe sich noch weiter fortsetzen. Beim Krisenmanagement in der Politik gehe es darum, das Richtige zu tun, getreu Edward Kennedy: „In der Politik ist es wie in der Mathematik. Alles, was nicht ganz richtig ist, ist falsch“. Salzburg könne mehr. Die Salzburgerinnen und Salzburger hätten sich vor allem mehr verdient als diese Megateuerung, die Pflegekrise, die Wohnbaukrise, die Klimakrise und die Staukrise.

Abg. Mag. Eichinger ist der Ansicht, dass das Budget für 2022 ein Krisenbudget gewesen sei und man bereits sehr früh gesehen habe, dass der Ukraine-Krieg und die Teuerung bis in die Mittelschicht hineinreichten. Angesichts einer Studie habe die Arbeiterkammer bereits Anfang letzten Jahres davor gewarnt, dass sich die Haushalte mit unterem und unterem mittlerem Einkommen das Leben nicht mehr leisten könnten und auf Ersparnisse zurückgreifen müssten. Die Krisen hätten dazu geführt, dass dringend benötigte Mittel nicht verfügbar gewesen seien, weil die Verstärkungsmittel anders eingesetzt worden seien. Dies, obwohl man Möglichkeiten gehabt hätte, Unterstützung anzubieten und schnell und direkt Hilfe zu leisten. Offensichtlich sei es nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in Salzburg so gewesen, dass man Unterstützungsleistungen lieber liegenlassen habe, als diese direkt auszubezahlen. Eine weitere Krise habe sich am Wohnungs- und Energiemarkt durch einen massiven Anstieg der Preise entfaltet. Anstatt die Teuerung abzufedern, habe man die budgetierten Mittel liegen gelassen, letztlich Überschüsse erzielt, mit denen man endlich wieder das Budget konsolidieren könne. Und dies angesichts der Tatsache, dass die Einkommen der Menschen hier in

Salzburg im Sinken seien, die Teuerung die Ersparnisse auffresse und sich viele Menschen das Wohnen nicht mehr leisten könnten. Diese Entwicklung sei 2022 schon absehbar gewesen, Unterstützung und Investitionen dagegen seien jedoch nicht geplant gewesen. Die von der Teuerung besonders Betroffenen blieben auf den erhöhten Betriebskosten sitzen. Es werde im Schneckentempo agiert, obwohl hier schnelle Hilfe dringend notwendig wäre. Tatsächlich würden so in Salzburg Menschen zurückgelassen. Er erinnere nur an die Debatte letzte Woche zur Kinderarmut. Aus Gründen der Budgetdisziplin oder anderen Aspekten heraus werde argumentiert, dass Mittel nicht verfügbar seien, man ohnehin schon genügend ausbezahlt habe oder bereits genügend Mittel zur Verfügung gestellt würden. Tatsache sei, dass immer mehr Kinder auch in Salzburg von Armut betroffen seien. Die positiven Entwicklungen im Budget stünden so einer persönlichen und problematischen Entwicklung bei der Finanzierung der Lebensgrundlagen und der Erhaltung des Lebensstandards der Salzburgerinnen und Salzburger gegenüber. Es werde immer von Leistungsträgern gesprochen und gefordert, dass diese entlastet werden müssten. Studien der Arbeiterkammer zeigten jedoch, dass genau diese Leistungsträger, nämlich die mittleren Einkommen, von der Krise besonders betroffen seien. Die Ausblicke seien momentan nicht sehr gut und bereiteten Anlass zur Sorge. Die Wirtschaft entwickle sich nicht so, wie man erwartet habe, es werde sogar von einer Rezession ausgegangen. Welche Auswirkungen dadurch zu erwarten seien, sei die Frage, nämlich ob Menschen vielleicht auch wieder in Kurzarbeit gehen müssten und entsprechende Zusatzleistungen notwendig würden. Wie werde man hier dann reagieren und werde hier ein politischer Wille für eine entsprechende Unterstützung da sein? Summa summarum könne man sagen, dass der Budgetvollzug des letzten krisenhaften Jahres einer - unter Anführungszeichen - Klientelpolitik der ÖVP entsprochen habe. So zB seien Unterstützungsmittel in Höhe von € 15 Mio. für Wohnbauförderung veranschlagt worden. Die Wohnbeihilfe sei allerdings nur um € 1 Mio. erhöht worden, was nur für das Notwendigste gereicht habe. Man sehe auch, dass Unterstützungsleistungen immer weniger Menschen zugutekämen. So sei zB bei der Wohnbeihilfe die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger massiv gesunken. Landesrat Mag. (FH) Zauner MA habe den Grund dafür nicht erklären können. Seiner Meinung nach liege der Grund darin, dass die Förderkriterien wie bei vielen anderen Sozialleistungen nicht angepasst worden seien und somit viele Menschen einfach nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Die Anzahl der Menschen, die Unterstützung erhalten hätten, sei gesunken, obwohl immer mehr Menschen in Salzburg von Armut betroffen seien und sich das Leben nicht mehr leisten könnten. Abschließend merkt Abg. Mag. Eichinger an, dass er hoffe, dass in den Bereichen Soziales, Bildung und Pflege die verfügbaren Mittel zukünftig zielgerichtet eingesetzt würden, zB auch für die Ausbildung von Pflegekräften. So zB hätte man wie in Kuchl Anfang letzten Jahres ordentliche Ausbildungsplätze finanzieren können. Dies wäre eine Möglichkeit gewesen, dieser Krise entgegenzuwirken, man hätte keine Budgetmittel liegenlassen müssen. Diese Entwicklungen und diese Ansätze müssten massiv verbessert werden, ansonsten werde man im nächsten Jahr mit dem Lebensstandard in Salzburg gegen die Wand fahren.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA weist darauf hin, nach sechs Rednern nun die erste Frau am Wort zu sein. Der vorliegende Rechnungsabschluss gebe einen guten Rückblick auf die engagierte Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesverwaltung, der SALK, der

Landeslehrer und Landeslehrerinnen sowie der Männer und Frauen in den Beteiligungsgesellschaften, die in einer Zeit der multiplen Krisen und Herausforderungen geleistet worden sei. Es gehe um Jugendarbeit, um kulturelle Vielfalt, um Förderung erneuerbarer Energien, um Unterstützungsleistungen für Familien oder Einzelpersonen in Salzburg, die sich das Leben nicht mehr leisten könnten. Ein großer Dank ergehe an alle, die sich für die Menschen in unserem Land einsetzten, unabhängig davon, wo sie geboren seien, welche Erstsprache sie sprächen oder wie sie sich kleideten. Ein Dank gehe ebenfalls an die Teams der Finanzabteilung und der Buchhaltung, sowie an den Landesrechnungshof für die Prüfung des Abschlusses und die Verbesserungsvorschläge. Die GRÜNEN stünden für eine Budgetpolitik, die vor allem drei Kriterien erfüllen solle. Das erste sei Transparenz, also eine klare und verständliche Darstellung der Finanzen, damit es für die Menschen leichter nachvollziehbar sei, wofür ihr Steuergeld ausgegeben werde. Als Zweites brauche es Nachhaltigkeit, etwa durch Investitionen in eine zukunftsfähige Umwelt sowie klimafreundliche Projekte, die langfristigen, gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Nutzen brächten. Drittens müsse Verantwortung gegenüber einer intakten Umwelt und gegenüber kommenden Generationen gezeigt sowie ein verantwortungsbewusster Umgang mit öffentlichen Geldern gepflegt werden. Dies bedeute, dass man nicht auf Kosten künftiger Generationen wirtschaften solle, sondern klare Schwerpunkte setze, um das Land zukunfts- und klimafit zu machen. Die Umstellung auf die doppelte Buchhaltung habe die Budgets des Landes und die Darstellung der Vermögenswerte transparenter gemacht ebenso wie die Zurverfügungstellung der Budgetdaten im Rahmen von open government data. Zur Verbesserung der Transparenz habe der Landesrechnungshof vorgeschlagen, dass klar ersichtlich gemacht werden solle, wohin Verstärkungsmittel übertragen würden, um die einzelnen Haushaltsansätze zu erhöhen. Auch die Mittel des Gemeindeausgleichsfonds müssten transparent abgewickelt und ausbezahlt werden. Exakt vor einem Jahr, im September 2022, habe die heutige Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek BA gefordert, dass die GAF-Mittel zielgerichtet und projektbezogen verwendet werden sollten. Diese Mittel sollten laut ihrer Aussage gemeindeeigene Projekte finanzieren und damit den Wirtschaftsmotor am Laufen halten. Weiters hätte sie ihren heutigen Koalitionspartner sehr scharf mit den Worten kritisiert: „Haslauer plündert also die Zahlungsmittelreserven der Gemeinden, anstatt einen echten Energieausgleich aus dem Budget zu finanzieren. Das Geld aus dem GAF fehlt dann den Gemeinden bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten.“ Interessant wäre, wie Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek BA heute die Finanzpolitik der ÖVP kommentieren würde, doch leider sei kein Regierungsmitglied der FPÖ anwesend. Zum Thema Nachhaltigkeit führt Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA aus, dass stärker in die Absicherung der Lebensgrundlagen investiert werden müsse. Das bedeute, man müsse anpacken bei der Klimarettung, bevor die Heimat verbrenne. Die Erde habe Fieber und die Hitze steige weiter. Der Rettungsauftrag laute, unser Land vor einer dauerhaften Überhitzung und vor deren Folgen zu bewahren. Es gebe jetzt keine wichtigere Aufgabe, als die Lebensgrundlage für unsere Kinder zu retten. Im Rechnungsabschluss 2022 werde die umfassende Arbeit für die Energiewende, für den Schutz des Klimas, der Umwelt und der Natur sichtbar: ein massiver Ausbau der Energieberatung, Projektförderung für erneuerbare Energie, die Unterstützung für Unternehmen und Gemeinden und die Arbeit der Landesumweltanwaltschaft. Aber es brauche

mehr. Es schmerze, wenn man sehe, dass die schwarz-blaue Landesregierung jetzt den Rückwärtsgang einlege, den Umbau zur klimafitten Gesellschaft ausbremse und die überlebensnotwendigen Maßnahmen im Natur- und Artenschutz, im Umweltschutz und im Klimaschutz zurücknehme. Viel wesentlicher sei noch, dass die Landesregierung mit ihren ersten Entscheidungen die Menschen im Stich lasse, die Jüngeren mit ihren Zukunftssorgen, die Älteren mit ihren gesundheitlichen Problemen durch die Hitze und auch die regionale Landwirtschaft mit der Bedrohung durch Unwetter und das Artensterben. Finanzreferent Landeshauptmann Dr. Haslauer habe in der aktuellen Presseaussendung bei den Mehrausgaben 2022 genau diese Auswirkungen der fehlenden Klimaschutzmaßnahmen angesprochen, wie zB durch Katastrophenschäden verursachte Kosten von rund € 10 Mio. Nur ein wirksamer Klimaschutz werde die Kluft zwischen Arm und Reich verringern. Die Hitze treffe die Armen am meisten, während man sich in gekühlten Besprechungsräumen gegen ernsthafte Klimaschutzpolitik wehre. Sie wolle damit sagen, Klimaschutzpolitik sei Sozialpolitik, die beiden müssten Hand in Hand gehen. Die GRÜNEN seien davon überzeugt, dass eine zukunftsfähige Sozialpolitik nicht ohne Klimapolitik und umgekehrt denkbar sei. Jedes Budget sei wieder eine entsprechende Chance und im Rechnungsabschluss werde darüber diskutiert, wie diese genutzt worden sei. Die Budgetentscheidungen prägten die Zukunft und da reiche es nicht aus, einfach nur ein Budget auszugleichen oder sich nur in technischen Diskussionen zu erschöpfen, sondern man müsse sicherstellen, dass die Budgets die Bedürfnisse und die Hoffnungen der Menschen im Hier und Jetzt und die der kommenden Generationen widerspiegeln. In der heutigen Debatte zum Rechnungsabschluss blicke man zurück, bei den Diskussionen zum Budget 2024 im kommenden November werde man nach vorne blicken. Und da werde sich weisen, wie viel Vorwärtsverantwortung die neue Regierung für 2024 und die kommenden Jahre zeigen wolle. Klubobmann Abg. Mag. Mayer habe das Thema aktive Bodenpolitik angesprochen. Diese werde es ganz besonders brauchen und dazu werde man heute auch noch einen Entschließungsantrag einbringen.

In der Spezialdebatte werden von den Abgeordneten Fragen zu den einzelnen Haushaltsgruppen gestellt, die durch die anwesenden Regierungsmitglieder sowie die beim Land beschäftigten Expertinnen und Experten beantwortet werden.

Haushaltsgruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bringt für die GRÜNEN folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, in den zukünftigen Budgets des Landes Mittel vorzusehen, um den amtlichen Sachverständigenpool für Naturschutz- und Anlagenrecht personell auszubauen.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer weist darauf hin, dass die Koalitionspartner aus grundsätzlichen Erwägungen vereinbart hätten, so wie beim Rechnungsabschluss 2021, alle Entschließungsanträge abzulehnen, die sich inhaltlich nicht auf den aktuellen Rechnungsabschluss bezögen. Vor allem solle eine inhaltliche Vermischung von Rechnungsabschluss und Budget vermieden werden. Diesbezüglich sei darauf zu verweisen, dass es dazu ja eine eigene Budgetdebatte

gebe. In zwei Wochen sei zudem Plenarsitzung, wo es allen Klubs unbenommen sei, Anträge einzubringen, die man dann ordentlich vorbereitet im Rahmen eines Ausschusses diskutieren könne.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl bekräftigt die Wortmeldung von Klubobmann Abg. Mag. Mayer und betont, dass Entschließungsanträge, die den aktuellen Rechnungsabschluss tatsächlich unmittelbar betreffen, selbstverständlich diskutiert werden könnten, nicht hingegen jene, die sich auf alle nur denkbaren landespolitischen Themen bezögen.

Der Entschließungsantrag der GRÜNEN betreffend den amtlichen Sachverständigenpool für Naturschutz und Anlagenrecht wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 0 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 731.615.936,76 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 293.251.826,37 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Haushaltsgruppe 1 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 12.464.047,55 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 13.226.582,07 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl bringt für die GRÜNEN folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, die im Landesaktionsplan MIT-einander zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Salzburg enthaltenen Maßnahmen zur Sicherstellung der notwendigen Unterstützungsleistungen für die Teilhabe am Bildungssystem rasch umzusetzen und im Landesvoranschlag 2024 die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Der Entschließungsantrag der GRÜNEN betreffend die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 2 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 139.443.906,97 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 158.469.679,62 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Die Haushaltsgruppe 3 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 29.000.744,56 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 52.227.492,22 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA teilt mit, dass ab nun Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl Abg. Heilig-Hofbauer BA im Finanzausschuss vertritt.

Haushaltsgruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Abg. Thöny MBA bringt für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, eine bundesweite Vereinheitlichung der unterschiedlichen Persönlichen Assistenzlösungen, mit Beteiligung der Interessensvertretungen, auch mit dem Ziel eines Rechtsanspruches, zu erarbeiten und umzusetzen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bringt für die GRÜNEN folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die acht als Bauland ausgewiesenen unbebauten Grundstücke im Landeseigentum raschestmöglich für die Errichtung von leistbarem, geförder-tem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Der Entschließungsantrag der SPÖ betreffend eine bundesweite Vereinheitlichung der unterschiedlichen Persönlichen Assistenzleistungen wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der GRÜNEN betreffend die acht als Bauland ausgewiesenen unbebauten Grundstücke im Landeseigentum wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 4 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 403.263.870,38 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 158.692.230,49 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 5: Gesundheit

Die Haushaltsgruppe 5 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 490.990.666,30 und im Finanze-

runghaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 549.657.971,88 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Abg. Heilig-Hofbauer BA bringt für die GRÜNEN folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um den baustellenbedingten Stau auf der A10 zu reduzieren, indem

- die Verbindung der Linie 270 an die aktuelle Verkehrssituation angepasst und die Takt-dichte erhöht wird;
- die Bildung von Fahrgemeinschaften unterstützt wird;
- die touristische Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln gemeinsam mit der Tourismus-wirtschaft forciert wird.

Der Entschließungsantrag der GRÜNEN betreffend Maßnahmen, um den baustellenbedingten Stau auf der A10 zur reduzieren, wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 6 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 194.373.637,08 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 165.356.033,62 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 7: Wirtschaftsförderung

Die Haushaltsgruppe 7 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 83.338.504,01 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 94.248.938,08 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 8: Dienstleistungen

Die Haushaltsgruppe 8 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 1.813.137,32 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 9.386.539,30 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 9: Finanzwirtschaft

Die Haushaltsgruppe 9 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 1.565.038.669,37 und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 1.594.219.552,60 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Abstimmung zum Rechnungsabschluss 2022:

Der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022 weist folgende Gesamtbeträge aus:

im Ergebnishaushalt:

Erträge in Höhe von € 4.546.661.311,81

Aufwendungen in Höhe von € 3.601.068.945,21

somit ein Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 945.592.366,60 sowie

im Finanzierungshaushalt:

Operative Gebarung

Einzahlungen in Höhe von € 3.269.831.955,78

Auszahlungen in Höhe von € 2.790.303.917,28

somit einen Geldfluss aus der operativen Gebarung von € 479.528.038,50

Investive Gebarung

Einzahlungen in Höhe von € 133.069.467,27

Auszahlungen in Höhe von € 497.983.854,49

somit einen Geldfluss aus der investiven Gebarung von minus € 364.914.387,22

Finanzierungstätigkeit

Einzahlungen in Höhe von € 129.530.640,63

Auszahlungen in Höhe von € 144.442.032,96

somit einen Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit von minus € 14.911.392,33

somit einen Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 99.702.258,95.

Unter Berücksichtigung der nicht voranschlagswirksamen Gebarung mit

Einzahlungen in Höhe von € 1.556.380.056,42 und

Auszahlungen in Höhe von € 1.700.018.480,48

somit einem Geldfluss aus der nicht voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von

minus € 143.638.424,06

ergibt sich somit ein Zahlungsmittelsaldo (Veränderung an liquiden Mitteln) von insgesamt minus € 43.936.165,11.

Der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird mit den vorstehenden Gesamtbeträgen mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2022 wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanz- und der Finanzüberwachungsausschuss stellen mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - den

Antrag

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Dem Rechnungsabschluss des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2022 wird gemäß Artikel 45 des Salzburger Landes-Verfassungsgesetzes 1999-L-VG die Genehmigung erteilt. Nach erfolgter Beschlussfassung im Landtag ist der Rechnungsabschluss im Internet öffentlich zugänglich zu machen.
2. Die Einhaltung der Grundsätze des § 2a Bundesfinanzierungsgesetz wird in Bezug auf das Haushaltsjahr 2022 bestätigt.

Salzburg, am 20. September 2023

Der Vorsitzende und Verhandlungsleiter:

HR Prof. Dr. Schöchler eh.

Der Berichterstatter:

Mag. Mayer eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. Oktober 2023:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.